

- AKADEMIE
- gut gemacht.
- V%rteilsclub
- Aboangebote
- Tarif

Zur Kärnten-Ausgabe



Zuletzt aktualisiert: **06.02.2014 um 04:46 Uhr**

Jugendamt gerät ins Kreuzfeuer

Missbrauchsverdacht in städtischer Jugend-WG: Die Justiz prüft, ob es noch weitere Vorfälle gab. Die Politik übt Kritik am Jugendamt. Indes bereitet Graz den Ausstieg als WG-Betreiber vor.



Foto © Sabine Hoffmann

Verdacht auf schweren sexuellen Missbrauch: Dem sind Polizei und Justiz auf der Spur, seit eine Grazer Sozialpädagogin einen 14-Jährigen aus einer städtischen Jugend-WG angezeigt hat. Der Bursche "wird in U-Haft einvernommen", erklärt Staatsanwältin Barbara Schwarz. Ein Sachverständiger untersucht die Verletzungen des mutmaßlichen Opfers, einer 12-jährigen WG-Bewohnerin. Auch gibt "es den Verdacht auf ein weiteres Opfer", so Schwarz. Die Mädchen "werden umfassend betreut, das Kinderschutzzentrum

ist aktiv", ergänzt Jugendamtssprecherin Vasiliki Argyropoulos. Wieder sorgt die städtische Jugendhilfe für politische Kontroversen. Zumal Sozialreferentin Martina Schröck (SPÖ) die Wohngemeinschaften aufgeben will.

"Graz nicht mehr Betreiber"

Argyropoulos betont: "Die Stadt verabschiedet sich nicht aus ihrer Verantwortung, wird aber mittelfristig nicht mehr Träger der Jugend-Wohngemeinschaften sein." Graz betreut noch in drei Einrichtungen mit je neun Plätzen 20 Jugendliche. Zum Vergleich: In Graz sind 93 Minderjährige in Einrichtungen von "SOS", Jugend am Werk etc., im Großraum sind es 126, landesweit 980. Argyropoulos: "Graz zieht sich als ein kleiner Träger zurück, die Betreuung und Unterstützung bleibt aber aufrecht." Auch eine Evaluierung der Organisation hätte gezeigt, dass Graz die Strukturen verändern sollte.

Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) kritisiert "die Evaluierungswut und Bürokratie" der Sozialpädagogen. Da bleibe zu wenig Zeit für Nächstenliebe den Jugendlichen gegenüber. Verärgert ist er auch über das Land, das "nicht auf die soziale Lage reagiert, die sich in Städten zuspitzt." Den Rückzug der Stadt als WG-Betreiber begrüßt er.

Lisa Rücker (Grüne) ist dagegen und kritisiert wie die KPÖ das "Aufgeben politischer Verantwortung". Schröck & Co. "waren die inakzeptablen Defizite" längst bekannt". Auf "eine lückenlose Aufklärung", drängt Armin Sippel (FPÖ). Kinder- und Jugendanwältin Brigitte Pörsch kritisiert, dass man nach dem ersten Fall "nicht externe Experten für die Fehleranalyse geholt hat." Es brauche mehr Personal und Beziehungsarbeit, Jugendlichen in Fremdunterbringung dürfe man nicht als "Akten verwalten."

Argyropoulos erinnert an viele Maßnahmen nach Bekanntwerden des ersten Falls: mehr Personal, neue Schließsysteme in den WGs, Schulungen oder die neue Ombudsstelle.

BERND HECKE, THOMAS ROSSACHER